

Dr. Wolfgang Both  
(wolfgang.both@senwtf.berlin.de)



## **Berlin Open Data**

*In einem umfassenden Projektbericht legt die Stadt Berlin 39 Handlungsempfehlungen für die stufenweise Öffnung der Datenbestände vor. Nach einer Analyse der rechtlichen und technischen Situation werden Vorschläge sowie ein Stufenplan zur Umsetzung des Open-Data-Gedankens in der öffentlichen Verwaltung gemacht.*

Die Projektgruppe des ServiceStadt Berlin-Vorhabens „Von der öffentlichen zur offenen Verwaltung“ hat zum Ende des Jahres 2011 planmäßig ihren Abschlussbericht vorgelegt. Durch den Wirtschaftsstaatssekretär Nicolas Zimmer wurde der Bericht gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme (FOKUS) am 16. Februar 2012 in einer gut besuchten Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Staatssekretärsausschuss für die Verwaltungsmodernisierung hatte das Projekt im Februar 2011 in Auftrag gegeben, um Gegenstand und Potenziale rund um das neue Schlagwort „Open Data“ erkunden zu lassen.

### **Worum geht es bei Open Data?**

Nach mehr als zehn Jahren eGovernment-Entwicklung tauchte in der letzten Zeit ein neuer Begriff auf: Open Government. Dies meint „offenes und transparentes Regierungshandeln“. Im Unterschied zu eGovernment ist dies weniger ein technisch-organisatorisches Thema als vielmehr eine Weiterentwicklung unseres demokratischen Staatswesens. Mit den Schlagworten „Open Government and Transparency“ bestückte Barack Obama seine erste Regierungshandlung im Januar 2009. Das geht über die virtuellen Rathäuser und die elektronischen Serviceangebote der Verwaltung im klassischen eGovernment-Prozess hinaus. Es ist nicht mehr und nicht weniger als eine Umkehr von Teilen des bisherigen Regierungs- und Verwaltungshandels: statt Vertraulichkeit und Geheimhaltung nun Offenheit und Transparenz, Angebote zu Partizipation und zur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, den Medien, den Unternehmen, der Wissenschaft. Die im eGovernment entwickelte Beziehung Government-to-Citizen (g2c) wandelt sich in eine Government-for-Citizen-Relation (g4c).

Technisch baut Open Government auf eGovernment auf. Ohne die informationstechnische Infrastruktur bis in die Anwendungen und Datenbanken hinein wäre Open Data nicht realisierbar. Im Ergebnis erfolgt eine selbstständige und aktive Bereitstellung von Daten und Informationen aus den Behörden, die bisher scheinbar verschlossen waren. Dies geschieht nicht als Antwort auf Einzelanfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz sondern in einem breiten Datenstrom aus vielen Quellen. Mittelfristig kann ein Angebot als Data-as-a-Service (DaaS) entstehen.

Inzwischen gibt es mit der Open Government Partnership ein globales staatliches Bündnis, das die vielen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten ergänzt.

Die Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens ist einer der Ansätze, Politikverdrossenheit zu begegnen, Teilhabe zu ermöglichen und zur

Stärkung des gesellschaftlichen Systems beizutragen. Offenheit kann hierfür ein Schlüssel sein.

Die öffentliche Hand erhebt - entweder im gesetzlichen Auftrag oder zu Planungs- und Prognosezwecken - eine Vielzahl von Daten, erstellt Karten und Statistiken und gibt sie z.T. an Nutzer in Industrie und Medien weiter. In einigen Bereichen (Bauvorhaben, Haushalt) werden Bürgerinnen und Bürger bereits heute direkt in Entscheidungsprozesse einbezogen. Mit der Öffnung und Bereitstellung frei verfügbarer Datenbestände der öffentlichen Hand (Open Data) soll nun eine Online-Veröffentlichung in offenen Formaten unter Aufhebung bisheriger Beschränkungen erfolgen. Damit wird zukünftig eine unmittelbare maschinelle Weiterverarbeitung der gelieferten Daten möglich. Denken wir an aktuelle Verkehrs- oder Wetterinformationen, die mittels mobiler Anwendungen (Apps) direkt und in Echtzeit an den Nutzer gelangen.

Dies wird in der Europäischen Union schon seit längerem verfolgt: Mit der Richtlinie zur Weiterverwendung von Informationen aus dem öffentlichen Sektor (PSI-Directive) wurde bereits 2003 eine entsprechende gesetzliche Grundlage geschaffen, die 2009 mit dem Malmö-Declaration noch einmal bestätigt wurde.

Open Data, die Öffnung der Datenbestände, ist somit kein rein technischer Prozess. Er beinhaltet viele rechtliche und organisatorische Belange, trifft auf unterschiedliche Verwaltungskulturen und wird sich erst in einem längeren Prozess durchsetzen. Fragen wie Datenschutz, Urheberrecht und Lizenzregeln sind global abzustimmen. Der anglo-amerikanische Rechtsraum ist hier führend. Mit der geplanten Novellierung der PSI-Richtlinie wird Europa eigene Marken setzen.

Berlin hat sich frühzeitig diesen Herausforderungen gestellt und mit dem Projekt Vorarbeit für notwendige Entscheidungen geleistet. Im Koalitionsvertrag von 2011 heißt es entsprechend:

*Das Open Government wird zur Förderung von Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit ausgebaut. ... Die Koalition wird die Open-Data-Initiative des Landes fortsetzen und ausbauen. Dazu setzt sie sich für eine Prüfung der weitergehenden Offenlegung von öffentlichen Daten (z.B. Geoinformationsdaten) unter Wahrung des persönlichen Datenschutzes ein.*

Der Berliner Innenstaatssekretär Andreas Statzkowski stellte hierzu Anfang 2012 fest:

*Die Diskussion um Bürgerbeteiligung und Transparenz von Politik und Verwaltung hat aktuell mit Open Government eine neue Dimension und Qualität erreicht. Der inzwischen nahezu überall und jederzeit verfügbare Internetzugang, neue Möglichkeiten für schnelle Informationsweitergabe und Mitbestimmung unterstützen diesen gesellschaftlichen Wandel, sie machen neue Formen der Zusammenarbeit und der Arbeitsteilung in allen Politikfeldern möglich. ... Dabei würde eine transparente, partizipative und kollaborative Regierungs- und Verwaltungsarbeit den staatlichen Akteuren die Handlungsfreiheit zurückgeben, die ihnen in einer repräsentativen Demokratie auch zusteht. Zudem haben Erfahrungen in den Vereinigten Staaten und Großbritannien gezeigt, dass die Modernisierung der Verwaltung mit Hilfe von elektronischen Medien, die Bereitstellung von offenen Daten und die neue Dialog-Kultur neue Effizienzpotentiale generierten. In diesem Sinne können moderne Kommunikationsmodelle zu einem integralen Bestandteil modernen Verwaltungshandelns werden.*

Das Motto für Berlin lautet also: Transparenz, Partizipation und Effizienz.

## **Vorarbeiten**

Anfang 2010 startete das Fraunhofer Institut FOKUS mit einer Vorstudie zu Open Data, die der Senatsverwaltung im Herbst 2010 vorgelegt wurde. Neben einem Vorschlag für eine „City Data Cloud“ enthielt sie drei Empfehlungen:

- Entwicklung und Beschluss eines ressortübergreifenden Konzepts zur Öffnung der Datenbestände
- Technische Umsetzung in einer Daten-Cloud
- Vorbereitung durch kleine Erprobungsprojekte

Parallel zu dieser Voruntersuchung führte die Senatsverwaltung für Wirtschaft gemeinsam mit Berlin.de im Herbst 2010 eine Onlinebefragung durch, an der sich mehr als 1.300 Berlinerinnen und Berliner beteiligten. Zur Auswahl standen 20 Datenkategorien von Abfall über Gesundheit bis hin zu Verkehr, von denen drei ausgewählt werden konnten. Das mehrheitliche Interesse galt den städtebaulichen Informationen, Angaben zur Verwaltung sowie den Umweltdaten.

Abb.1 Favoriten bei der Auswahl von Datenkategorien

Damit gab es eine Vorklärung hinsichtlich Vorgehen und Inhalten, die nun in einem größeren Projekt vertieft bearbeitet werden sollten.

Abb.2 Gesamtergebnis des Online-Votings

Gleichzeitig gelang der Sprung auf die europäische Ebene. Ende 2010 startete ein EU-Projekt von fünf Partnerstädten, das auch ein Arbeitspaket Open Data beinhaltet. Die Federführung des Projekts „Open Cities“ liegt in Barcelona, das Arbeitspaket gestaltet Berlin. Weitere Partnerstädte sind Helsinki, Amsterdam und Paris. Anfang 2011 nahm eine neue Arbeitsgruppe im Städtenetzwerk EuroCities die Arbeit zu Open Data auf. Hier haben sich 22 Städte zusammengefunden, um länderübergreifend über Erfahrungsaustausch und Abstimmung zu einer Harmonisierung in technischen und rechtlichen Fragen zu finden. Auch hier hat Berlin die Leitung der Arbeitsgruppe übernommen. In einer ersten Umfrage wurden Motivation und Datenlage in den Städten ermittelt.

Abb. 3 Motivation für Open Data-Initiativen in europäischen Großstädten

Abb.4 Bereitgestellte Datenkategorien

## Das Projekt

Berlin betrat mit diesem Vorhaben Neuland. Keine andere deutsche Stadt hatte bisher ein Konzept zu Open Government oder Open Data vorgelegt. Daher wurde ein eigenes Projekt entwickelt. Das Vorhaben gliederte sich in sechs Themenblöcke:

- Bedarfs- und Potenzialanalyse
- Organisationsanalyse
- rechtliche Rahmenbedingungen
- Geschäftsmodelle
- Plattformkonzept, Technik und Standards
- Handlungsempfehlungen, Leitfaden

Der zuständige Staatssekretärsausschuss für die Verwaltungsmodernisierung genehmigte erst einmal ein Teilprojekt.

Die Konzeptstudie wurde daraufhin ausgeschrieben, das Fraunhofer-Institut FOKUS erhielt den Zuschlag. Die Vorschläge aus der FOKUS-Vorstudie wurden in der Leistungsbeschreibung für das Projekt aufgegriffen, weiter vertieft und zum Gegenstand der Projektarbeit gemacht.

In der Projektphase I wurden die Analysearbeit sowie die Ausformung des Plattformkonzepts in Angriff genommen. Neben dem Auftragnehmer bestand die Projektgruppe unter Federführung der Wirtschaftsverwaltung aus Mitarbeitern der Innenbehörde, des Amtes für Statistik und der Senatskanzlei.

Der erste Berlin Open Data Day (BODDy) im Mai 2011 zeigte mit mehr als 130 Besuchern das große Interesse sowohl in der Verwaltung als auch in der Öffentlichkeit an diesem Thema. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Aktionsbündnis „Open Data Berlin“, einem informellen Zusammenschluss von Netzaktivisten, Vertretern aus der Verwaltung, Forschern sowie Mitarbeitern von Firmen vorbereitet und gestaltet. Die Projektgruppe konnte hier bereits erste Ergebnisse vorstellen.



Eine weitere Erkenntnis aus der Veranstaltung war, dass die technische Entwicklung zur Sammlung und Bereitstellung von Daten durch Vorarbeiten des ITDZ Berlin sowie der BerlinOnline Stadtportal GmbH weiter vorangeschritten war, als bisher angenommen. Daher wurde mit dem Projektantrag für die Phase II ein Ausbau über das eigentlich vorgesehene Plattformkonzept hinaus in die pilothafte Realisierung eines Datenportals eingereicht.

Mit neuen Partnern und politischem Rückenwind ging es über den Sommer an die Gestaltung des ersten Datenportals in Deutschland.

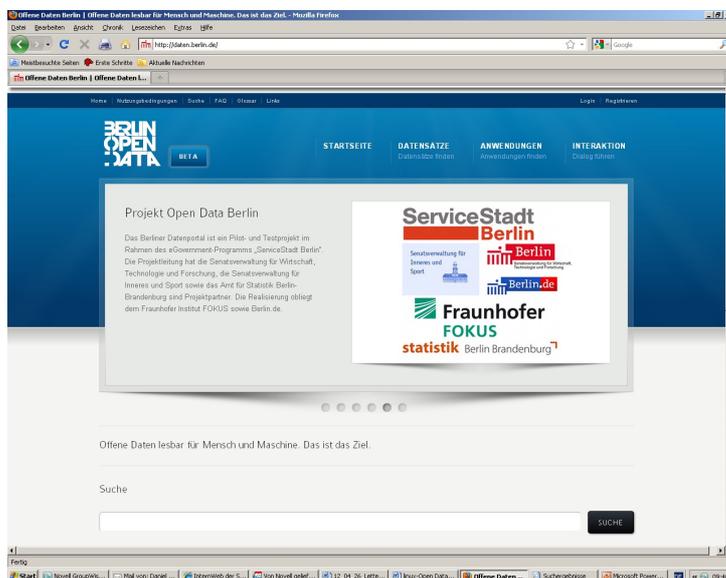
## Datenportal

Mit dem Aufbau und dem Internetangebot eines Datenportals wurde ein zentraler Zugang zu den bisher verteilt vorliegenden Datenbeständen der Landesverwaltung geschaffen. Prinzip ist dabei, dass die Originaldaten bei den Bearbeitern verbleiben, sie dort weiterhin gepflegt und aktualisiert werden. Damit bietet das Datenportal eine gut strukturierte Vermittlung zwischen Datennutzer und Datenquelle.

Um dies einheitlich zu gestalten, die Daten gleichermaßen zu beschreiben und eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen, wurde im Projekt viel Aufwand in den Entwurf eines Metadatenschemas gesteckt. Die Metadaten beschreiben ein einzelnes Datum, einen Datensatz, hinsichtlich Titel, Quelle und Format, enthalten des Weiteren Angaben zur räumlichen und zeitlichen Abdeckung, dem Bearbeiter oder zu den Nutzungsbedingungen. Das Metadatenschema entstand in gründlicher Auswertung bestehender Angebote, z.B. der Datenportale von London oder Wien. Es baut auf dem Dublin-Core auf, einer Sammlung von Konventionen zur Beschreibung von Objekten und Dokumenten im Netz. Dadurch werden Objekte leichter auffindbar, vergleichbar und verknüpfbar.

Die Ablage der Metadaten (nicht des Datums selber) erfolgt in einem Datenregister. Dies stellt das Backend des Datenportals dar. Im Rahmen der Vorbereitungen für das Berliner Datenportal haben wir uns für das Comprehensive Knowledge Archive Network (CKAN) der Open Knowledge Foundation, einem Open Source-Paket, entschieden. Zum einen erlaubt uns dies eine schnelle Realisierung, zum anderen wurde CKAN bereits in anderen Städten eingesetzt. Ein Leistungsmerkmal von CKAN ist die Föderation, das heißt, die Möglichkeit der Verknüpfung unter- oder übergeordneter Aggregationsebenen von Datenbeständen. Somit können Berliner Inhalte direkt auch in übergeordneten Ebenen, wie Bund oder Europa, bereitgestellt werden. Die in der Pilotphase gewonnenen Erfahrungen flossen in das Arbeitspaket des OpenCities-Projekts ein.

Das Schaufenster nach außen ist das Datenportal (<http://daten.berlin.de>). Die Oberfläche ist schnell und übersichtlich mit einem Drupal Content Management System gestaltet worden. Hier geht es weniger um aufwändige Gestaltung und Navigation. Denn die Datenbestände sind vorwiegend maschinenlesbar gestaltet. Vielmehr muss eine Suche schnell zum Ergebnis führen und es Maschinen ermöglichen, sich einfach durch den Datenbestand zu arbeiten. Daher ist als ein weiteres Merkmal in den Metadaten eine Datenkategorie vorgegeben. Diese Zuweisung beschleunigt die gezielte Suche. Gleichzeitig hilft sie dem menschlichen Besucher der Seite bei der Navigation durch das Angebot.



Registrierte Datenbearbeiter können selbstständig neue Datensätze einstellen bzw. bestehende aktualisieren. Zum einen ist ein manueller Eintrag in das Datenregister möglich (hierfür liegt ein Leitfaden vor). Zum anderen bietet das CMS-Imperia-Werkzeug „SimpleSearch“ eine Exportfunktion in das Register, mit der alle Merkmale zu den Metadaten gleich erfasst und übertragen werden. Bei Schulungen wird zukünftig stärker auf diese Funktionalität hingewiesen.

Mit diesem Konzept ist es gelungen, bereits am 14. September 2011 das erste Datenportal einer deutschen Stadt freizuschalten. Unmittelbar nach der Berlin-Wahl standen bereits die Wahlergebnisse maschinenlesbar als neuer Datensatz im Portal, bereitgestellt vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Nur eine Woche später stand die „Wahl-App“ bereit, die Wahlergebnisse und Bevölkerungsdaten miteinander verknüpfte.

Obwohl das Angebot von der Denkmalliste über die Konjunkturdaten bis hin zu Wanderwegen im Wesentlichen aus maschinenlesbaren Rohdaten besteht, verzeichnen wir einen stetigen Besucherstrom auf unser Datenportal. Nach dem ersten Hype im September hat sich die Nutzerzahl auf werktäglich ca. 1.000 Besucher eingependelt. Der Tagesrhythmus folgt dem Sonnenstand, mittags sind also die meisten Besucher auf der Plattform. Vorrangig besucht werden die Datensätze. Da die Klickrate auf die Datensätze inzwischen höher ist als auf die Startseite, werden die Datensätze offenbar mehr und mehr von Suchmaschinen direkt gefunden. Angeregt durch den bundesweiten Wettbewerb „Apps4Deutschland“ sind neue Anwendungen mit Berliner Datensätzen entstanden. Von den über 170 Einsendungen nutzten 20 unmittelbar den Berliner Bestand. Mehrere Beiträge aus Berlin wurden auf der CeBIT 2012 ausgezeichnet. Dazu gehörte u.a. die „Weihnachtsmarkt-App“ und das Angebot des deutschen Bibliotheksverbundes unter Beteiligung des KOBV.

### **Ergebnisse und Umsetzung**

In der Zwischenzeit sind weitere Anwendungen, aufbauend auf Berliner Datensätzen, entstanden und auch über das Datenportal verfügbar. Der Datenbestand ist kontinuierlich gewachsen, aus Landes- und Bezirksverwaltungen kommen stetig neue Beiträge.

Erste Erfahrungen aus dem Portalbetrieb sind in den Abschlussbericht eingeflossen. Er liefert auf 180 Seiten detaillierte Betrachtungen zu den o.g. Themenblöcken und schließt mit einem Stufenplan und 39 Handlungsempfehlungen zur Umsetzung des Open Data-Konzepts in Berlin ab.

So wurde festgestellt, dass das rechtliche Umfeld durch viele Fachgesetze recht unübersichtlich und nicht harmonisch gestaltet ist. Daher ist in Berlin geplant, den Punkt der Datenbereitstellung in einem übergreifenden eGovernment- und Organisationsgesetz mit zu regeln. Auch der Bund arbeitet an einem entsprechenden Gesetz.

Einer weiteren Klärung bedürfen die Lizenz- und Nutzungsbedingungen. Wir haben uns erst einmal an der Creative Commons Licence, die auch in Wikipedia für dort eingestellte Inhalte angewendet wird, orientiert. Diese Lizenzform ist im Internet weitgehend bekannt und akzeptiert, andererseits nicht speziell für Daten ausgelegt. Hier wird zukünftig eine Weiterentwicklung und globale Harmonisierung erforderlich sein. Unsere europäischen Netzwerke sollen uns hierbei helfen.

Die Handlungsempfehlungen in der Studie sind nach einem kurz-, mittel- und langfristigen Zeithorizont gegliedert. Des Weiteren sind die Bereiche Politik, Verwaltung, Recht und Technik angesprochen.

Kurzfristig sind einige Punkte auf der politischen Ebene zu klären: Wie sollen – gemäß der zitierten Erklärung aus der Koalitionsvereinbarung – Fortsetzung und Ausbau der Open-Data-Initiative konkret erfolgen? Wird es einen Open-Data-Bbeauftragten geben? Wie kann der Übergang vom Labor- und den Regelbetrieb gestaltet werden? Wo wird er angesiedelt? Mittelfristige Themenstellungen sind u.a.

technischer Art: Auf welche Datenformate verständigt man sich? Sind diese aus den vorhandenen Datenbeständen ableitbar? Sind Konverter zu entwickeln? Welche Weiterbildungsmaßnahmen müssen gestaltet und angeboten werden. Die Klärung offener Rechtsfragen hat sicher Langfristcharakter. Hier ist ein Berliner Alleingang nicht Ziel führend. Vielmehr muss es zu einer bundesweiten und europäischen Abstimmung und Harmonisierung kommen. Hierzu gibt es im Moment zwei Ansätze: Zum einen hat die europäische Kommission Ende 2011 den Entwurf für eine Novellierung der PSI-Richtlinie von 2003 vorgelegt, der nun in den Mitgliedsstaaten beraten wird. Zum anderen hat sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesinnenministeriums gebildet, die dem IT-Planungsrat zu den Themen Open Government und Open Data zuarbeitet. Damit bestehen Strukturen, die genannten Herausforderungen bis auf die europäische Ebene zu tragen. Auf dem nächsten Berlin Open Data Day (BODDy12) am 6. Juni 2012 im Berliner Rathaus werden die Senatsverwaltungen die nächsten Schritte zur Umsetzung der Open Data-Initiative vorstellen. Schwerpunkt des Treffens soll die Sicherung der Nachhaltigkeit aus der Projektphase heraus sein. Dazu werden in den gegenwärtigen Haushaltberatungen Mittel für die Sicherung des Regelbetriebes eingestellt. Danach stehen organisatorische Entscheidungen an. Weiter gepflegt wird die Zusammenarbeit mit anderen Städten, wie Hamburg, Wien und Bremen. Der Abschlussbericht steht übrigens unter <http://bln.io/bEw5i3q> zum kostenlosen Download bereit.

### **Effizienz durch Transparenz?**

In der nächsten Zeit wird es auch darum gehen, den Effizienzgewinn für die Verwaltung durch die Öffnung und Bereitstellung bisher interner Datenbestände deutlich zu machen. Zweifellos ist ein Gewinn an Legitimität durch die Öffnung für das Regierungs- und Verwaltungshandeln zu erzielen. Die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit von Regierungshandeln ohne die Einzelanfrage nach Informationsfreiheitsgesetz trägt zu einer Stärkung unseres demokratischen Gemeinwesens bei. Gleichzeitig bietet die Öffnung eine Grundlage für eine qualifizierte Partizipation über ein „Bauchgefühl“ hinaus. Vorschläge werden in ihrer Konsequenz verständlich und nachvollziehbar, Alternativen sachkundig abwägbar. Neben dem Zuwachs an Legitimität zeigt sich hier bereits ein Effizienzpotenzial von Offenheit, da alle Beteiligten auf einer gleichen Informationsbasis und –ebene agieren können. Missverständnisse und Reibungsverluste werden so reduziert. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass durch die Bereitstellung von Daten auch unmittelbar die öffentlichen Kassen entlastet werden. Eine Abschätzung in Manchester ergab, dass es wesentlich kostengünstiger ist, Informationen für die Bürger aktiv bereitzustellen statt sie auf Einzelanfrage gemäß Informationsfreiheitsgesetz herauszusuchen und zur Verfügung zu stellen. Die Suche nach angefragten Dokumenten kostet die Stadtverwaltung jährlich mehr als 8 Mio. brit. Pfund. Diesen Betrag möchte man durch eine aktive Bereitstellung von Dokumenten aus dem Rathaus deutlich reduzieren. Die Veröffentlichung von Subventionsempfängern aus der europäischen Agrarbeihilfe hatte zur Folge, dass ein Zuckerkartell aufgedeckt werden konnte. Mittels gefälschter Exportbescheinigungen hatte eine kriminelle Gruppe über 3 Mio. EURO ergaunert. Erst die Offenlegung der Subventionsliste machte der Prüfbehörde OLAF einen Abgleich möglich. Im Ergebnis konnte nicht nur Betrügern das Handwerk gelegt werden, auch der Steuerzahler wird entlastet. Offenheit trägt auch zum Gemeinwohl bei: Nach mehreren Todesfällen in englischen Krankenhäusern wurde die Überlebensrate nach Herzoperationen in den einzelnen Häusern untersucht und veröffentlicht. In der Folge sank die Todesrate um 21 Prozent. Die Patienten schauten genauer hin, aber auch die Ärzte arbeiteten

akkurater. Letztlich verbesserte sich nicht nur die Qualität der Arbeit, mit der Reduzierung von Komplikationen nahm auch die Lebensqualität der Patienten zu. In den USA war der Effekt einer vergleichbaren Aktion ebenso dramatisch: So zeigte die Veröffentlichung von Hygienekontrollen in den Restaurants von Los Angeles deutliche Wirkung: Während sich im Folgejahr der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung um 2,9 Prozentpunkte leicht verschlechterte, nahm die Zahl von Erkrankungen des Magen-Darm-Trakts um 13,3 Prozent deutlich ab. Gleichzeitig erhöhte sich der Umsatz in den mit „gut“ bewerteten Restaurants.

Der letzte Fall zeigt das ökonomische Potenzial von Offenheit und Transparenz. Bekanntestes Beispiel ist die Freigabe der GPS-Daten durch das US-Militär. Seit dem ist eine Milliardenindustrie auf der Basis dieser Daten entstanden, von GPS-Chips über GPS-Geräte bis hin zu Services für Navigation, Flottenmanagement und Vermessungswesen. Dies Beispiel illustriert, welche großes, auch wirtschaftliches Potenzial in den Datenbeständen der öffentlichen Hand steckt. Hier entstehen ganz neue Geschäftsideen und Wertschöpfungsketten. Die Europäische Kommission schätzt das Marktvolumen der öffentlichen Daten auf 40 Mrd. EURO, bei Veredelung und kommerzieller Verwertung auf bis zu 140 Mrd. EURO. Um dieses Potenzial schöpfen zu können, bedarf es einer weitgehenden Harmonisierung und Liberalisierung von Bereitstellung und Zugang.

Hierin steckt die Chance, die weitgehend kostenfreie Datenbereitstellung durch Mehreinnahmen zu kompensieren, wie es die Dänische Behörde für Unternehmen und Gebäude (DECA) oder das Österreichische Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV) durch eine neue Gebührenpolitik schon unter Beweis gestellt haben.

So könnten am Ende Transparenz und Effizienz vielleicht ein anderes Ergebnis haben als eingangs angenommen.